



Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Sachsens

NEWSLETTER --März/April 2017

Inhalt

In eigener Sache	1
Termine/Veranstaltungen	1
Bekanntmachungen	2
Gleichstellung in Sachsen	5
Gleichstellung auf Bundesebene	8
Gleichstellung in Europa und weltweit	18
Hätten Sie's gewusst?	19
... und zum Schluss!	19

In eigener Sache

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

In eigener Sache möchten wir noch einmal auf unsere **interne Dienstberatung am 26. April 2017 in Görlitz** aufmerksam machen. Ihre Anmeldungen senden Sie bitte – soweit noch nicht geschehen – an info@gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de.

Termine/Veranstaltungen

Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie stellt lediglich eine Auswahl von Angeboten und Veranstaltungen dar, die in der nächsten Zeit stattfinden. Weitere Termine und Veranstaltungen finden sich auch auf der Webseite der LAG www.gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de → Veranstaltungen.

26.04.2017	Interne Dienstberatung in Görlitz
27.04.2017	Girls' und Boys' Day, bundesweit
03.05.2017	Abschlussveranstaltung und Zertifikatsverleihung „gb-check - Gleichbehandlung der Geschlechter im Arbeitsleben" Berlin
05.05.2017	Fachtag des Landespräventionsrates Sachsen und des Landesfrauenrates Sachsen, Thema: Elternrolle trotz häuslicher Gewalt? - Teil II
07.-09.05.2017	24. Bundeskonferenz in Wolfsburg
27.05.2017	Frauenmahl 2017, Leipzig
30.05.2017	5. Deutscher Diversity-Tag
31.05.2017	Alleinerziehende Messe des Frauenförderwerks Dresden
14.06.2017	5. Innovationstag Fachkräfte für die Region, BMAS
06./07.11.2017	Landeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Dresden

Bekanntmachungen

Das Referat für Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Leipzig schreibt den Louise-Otto-Peters-Preis 2017 aus.

Leipzig vergibt in diesem Jahr zum dritten Male den Louise-Otto-Peters-Preis. Bis zum 30. April können Bewerbungen eingereicht werden. Im letzten Jahr wurde Frau Dr. Heide Steer für ihre Lebensleistung im Bereich der Gleichstellungsarbeit ausgezeichnet. Da das Statut einen jährli-

chen Wechsel zwischen der Verleihung an eine Einzelperson und der Verleihung an eine Organisation festlegt, wird der Preis dieses Jahr an eine Organisation verliehen. Der Preis ist NICHT auf Leipzig beschränkt!

Den Ausschreibungstext und alle weiteren Information zur Bewerbung finden Sie unter folgendem Link: <http://www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/frauen/louise-otto-peters-preis/ausschreibung-zum-louise-otto-peters-preis>.

Landesfrauenrat Sachsen e. V.

„frauenorte sachsen“ – Dritte Gedenktafel steht jetzt in Dresden

Der Landesfrauenrat Sachsen e. V. hat am 14. März 2017 im Rahmen seines Projektes „frauenorte sachsen“ in Dresden eine Gedenktafel zur Frauenrechtlerin und Politikerin Marie Stritt eingeweiht. Sie steht auf dem Gelände des Studentenwerks Dresden an der Marie-Stritt-Straße/Ecke Bertolt-Brecht-Allee. Marie Stritt war Mitgründerin des Dresdner Rechtsschutzvereins für Frauen, der sich für die rechtliche Gleichstellung der Frau in Ehe und Beruf einsetzte. Sie lebte von 1855 bis 1928.

Mit dem Projekt „frauenorte sachsen“ würdigt der Landesfrauenrat Sachsen e.V. Frauenpersönlichkeiten, die außerordentliches Engagement gezeigt und Sachsen auf allen gesellschaftlichen Ebenen mit geprägt haben. Er will damit u.a. auf weibliche Vorbilder aufmerksam machen.

Die nächsten drei bis fünf „frauenorte sachsen“ – Informationstafeln werden im Verlaufe des Jahres 2017 sachsenweit aufgestellt. Weitere werden folgen.

Quelle und nähere Informationen zum Projekt: www.frauenorte-sachsen.de

Finanzielle Urlaubsunterstützung für Ein-und Zweielternfamilien

Der Freistaat Sachsen fördert auch in diesem Jahr die Familienerholung/Freizeit für sächsische Ein-und Zweielternfamilien, wenn Sie Ihren Urlaub innerhalb von Deutschland verbringen, mindestens 6 Nächte - max. 14 Nächte fahren, das Einkommen einen auf die Familiensituation angepassten Freibetrag nicht überschreitet und wenn Sie Ihren ständigen Wohnsitz in Sachsen haben. Die maximale Förderung beträgt 7,50 Euro pro Nacht und pro Person. Auch wenn der Urlaub erst für später z. B. Oktober oder Dezember diesen Jahres in Planung ist, bitte den Antrag so zeitig als möglich stellen, damit wir die Mittel für Ihre Familie reservieren können.

Nähere Infos und Anträge: <http://www.shia-sachsen.de/desktop/finanzielle-urlaubunterstuetzung-fuer-ein-und-zweielternfamilien-.html>

Quelle: Landesfrauenrat Sachsen e. V.; Selbsthilfegruppen Alleinerziehender (SHIA) e. V.

Girls' Day und Boys' Day-Radar

[https://www.girls-day.de/Girls_Day-Radar/\(providers\)/events,aks](https://www.girls-day.de/Girls_Day-Radar/(providers)/events,aks)

https://www.boys-day.de/Boys_Day-Radar

Die Top-10-Ausbildungsberufe 2016 - BIBB veröffentlicht Ranglisten der Neuabschlüsse

Auch 2016 wurde wieder mehr als ein Drittel aller neuen Ausbildungsverträge in nur zehn Berufen abgeschlossen. Alter und neuer Spitzenreiter in der Rangliste der Ausbildungsberufe nach Neuabschlüssen ist der Beruf Kaufmann/-frau für Büromanagement. Rund 28.700 Jugendliche haben in diesem Beruf bundesweit einen neuen Ausbildungsvertrag unterschrieben. Dies zeigt die Analyse des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) aus der Erhebung zur Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit Stichtag 30. September 2016.

Mit weiblichen Auszubildenden wurden 2016 die meisten Ausbildungsverträge in den kaufmännischen Berufen - Kauffrau für Büromanagement, im Einzelhandel, im Groß- und Außenhandel sowie Industriekauffrau -, als Medizinische und Zahnmedizinische Fachangestellte, Verkäuferin und Fachverkäuferin im Lebensmittelhandwerk sowie als Hotelfachfrau und Friseurin abgeschlossen.

Bei den Männern lagen nach dem Kfz-Mechatroniker, der weiterhin mit großem Vorsprung die Spitzenposition einnimmt, der Elektroniker, der Kaufmann im Einzelhandel, der Industriemechaniker, der Anlagenmechaniker Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, der Fachinformatiker, der Verkäufer, die Fachkraft für Lagerlogistik sowie der Kaufmann im Groß- und Außenhandel beziehungsweise der Kaufmann für Büromanagement auf den weiteren Plätzen.

Quelle: https://www.bibb.de/de/pressemitteilung_60513.php

mehr: <https://www.bibb.de/de/54162.php>

"Leitlinien zur Sicherung der Chancengleichheit durch geschlechtersensible schulische Bildung und Erziehung"

Diese Leitlinien wurden im Oktober 2016 von der KMK beschlossen und beschreiben im Sinne der individuellen Förderung wichtige praktische Ansatzpunkte für eine geschlechtergerechte Bildung und sollen so die Chancen von Mädchen und Jungen auf die Gestaltung eines selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Lebens in der Gesellschaft erhöhen.

https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2016/2016_10_06-Geschlechtersensible-schulische_Bildung.pdf

Quelle und mehr: https://www.girls-day.de/Aktuelles/Tipps/Internetportal_Gendersensible_Bildung

Leitfaden zu Arbeitsmarktzugang und –förderung für Flüchtlinge

Die Handreichung informiert über die verschiedenen Aufenthaltstitel und Aufenthaltspapiere, gibt eine Übersicht über die Zuständigkeiten für die Beratung und Vermittlung, die verschiedenen Förderinstrumente nach SGB III und BAföG, die Integrationskurse und die Sprachförderung.

Quelle und mehr: <http://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/publikationen-broschueren-flyer.html>

Begriffe der Einwanderungs- und Integrationspolitik

Der Arbeitskreis Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik Stuttgart hat eine Handreichung zum Thema Begriffe der Einwanderungs- und Integrationspolitik veröffentlicht. Integration, Teilhabe, Inklusion, Person mit Migrationshintergrund, Flüchtling, Asylbewerber? Welcher Begriff wird in welchem Kontext im Alltag verwendet? Diese und weitere Fragen werden in der vorliegenden Handreichung behandelt, die für kommunale Praktiker_innen beim Erstellen von Texten im Handlungsfeld Integration, Migration und Teilhabe als Hilfestellung dienen soll. Die Handreichung will mit Hilfe von einzelnen Beiträgen Anregungen und Hinweise für eine reflektierte Begriffsverwendung geben, um für mehr Klarheit und Präzision bei der Erarbeitung von Migrationskonzepten und Integrationsplänen zu sorgen.

Quelle: https://www.kgst.de/documents/20181/34177/KGSt_JOURNAL_Aktuell/328677b5-8ff1-4e43-8433-5d2ad0853592

mehr: <http://www.stuttgart.de/img/mdb/item/385012/123829.pdf>

Landesarbeitsgemeinschaft "Mädchen und junge Frauen in Sachsen" e.V. - Fachstelle für Mädchen*arbeit und Genderkompetenz;

<http://www.maedchenarbeit-sachsen.de/seite/304049/termine.html>

Quelle und mehr: Newsletter der Fachstelle für Mädchen*arbeit und Genderkompetenz vom 04.04.2017

08.-09.06.2017 Netzwerktreffen Mädchen*arbeit in Sachsen

Die Landesarbeitsgemeinschaft "Mädchen und junge Frauen in Sachsen" e.V. - Fachstelle für Mädchen*arbeit und Genderkompetenz lädt ganz herzlich zu unserem diesjährigen Netzwerktreffen der Mädchen*arbeit in Sachsen ein. Das Thema in diesem Jahr ist „Mädchen*arbeit in Bewegung“.

Quelle und mehr:

<http://www.maedchenarbeit-sachsen.de/veranstaltungen/9/1827040/2017/06/08/maedchen-arbeit-in-bewegung-netzwerktreffen-der-maedchen-arbeit-in-sachsen.html>

13.06.2017

Fachtag „[Alle im Blick?! LGBTIQ* Lebenswirklichkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe \(Arbeitstitel\)](#)“ in Leipzig

07.08.2017

[Orientierungstag zum Start der berufsbegleitenden Weiterbildung zur Mädchen*arbeiterin*](#) in Dresden

30.11.2017

Fachtag zum Thema Sexismus in Dresden

07.12.2017

Fachtag zum Thema Traumapädagogik in Meißen

Berufsbegleitende Weiterbildung zur Mädchen*arbeiterin*

Die Landesarbeitsgemeinschaft "Mädchen und junge Frauen in Sachsen" e.V. - Fachstelle für Mädchen*arbeit und Genderkompetenz bietet in diesem Jahr eine Weiterbildung zur Mädchen*arbeiterin* und möchte schon vor der offiziellen Ausschreibung darüber informieren. Die Plätze sind auf 12 Teilnehmerinnen* begrenzt.

Umfang und Termine

Die Weiterbildung umfasst insgesamt 6 Module von je 3 bzw. 4 Bildungstagen, selbstständige Arbeit in Lerngruppen sowie eine Coaching-/Beratungseinheit durch die pädagogische Leitung.

Orientierungstag	07.08.2017
Modul 1	20.-23.09.2017
Modul 2	23.-25.11.2017
Modul 3	März 2018 (Mi.-Sa.)
Modul 4	Juni 2018 (Mi.-Sa.)
Modul 5	September 2018 (Do.-Sa.)
Modul 6	November 2018 (Do.-Sa.)

Die Kosten betragen vorbehaltlich der Förderung durch den Freistaat Sachsen 599,95 € (inkl. Übernachtung/Verpflegung) zzgl. 200 € für Coaching/Beratung.

Quelle und mehr:

<http://www.maedchenarbeit-sachsen.de/veranstaltungen/9/1835061/2017/08/07/orientierungstag-zum-start-der-berufsbegleitenden-weiterbildung-zur-maedchen-arbeiterin.html>

Landesstelle für Frauenbildung und Projektberatung in Sachsen

Aktuelle Seminarangebote

Kollegiale Beratung: Unterstützung geflüchteter Frauen*

4. Mai 2017, 9.30 bis 13.00 Uhr, FrauenBildungsHaus

Vom Frauenwahlrecht bis zum „Gendergaga“? – Feministische Geschichte(n) in Sachsen entdecken

25. und 26. Mai 2017, jeweils von 10.00 bis 17.00 Uhr, FrauenBildungsHaus

Gemeinsam eine Lösung finden - Kollegiale Beratung für Frauenbeauftragte

31. Mai 2017, 9.30 bis 16.30 Uhr, FrauenBildungsHaus

Das vollständige Programm finden Sie auf der Homepage: [Veranstaltungsprogramm 2017-1](#).

Zur Anmeldung nutzen Sie bitte das [Anmeldeformular](#).

Weitere Themen gestaltet die Landesstelle gern konkret nach Ihren Bedarfen in Form von Tagesseminaren, aber auch als Weiterbildungsreihen und Workshops ab 3 Stunden in ganz Sachsen und bundesweit. Beispiele des Themenspektrum finden Sie hier: [Seminare und Workshops](#).

5. Zukunftstages der sächsischen Frauen- und Gleichstellungsprojekte, 23.06.2017

Eingeladen sind Frauen*- und Männer*projekte und -vereine, Gleichstellungsinitiativen, Gleichstellungsbeauftragte, Organisationen mit den Tätigkeitsfeldern Frauenförderung, Vielfalt und Diversity, Menschenrechte, Antidiskriminierung und Interessenvertretung.

Genauere Informationen von der Landesstelle für Frauenbildung und Projektberatung in Sachsen folgen demnächst.

Gleichstellungsbeauftragte der Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens

23. Frauenmahl am 27. Mai 2017 in Leipzig im Salles de Pologne, Barocksaal, Hotel Michaelis Leipzig, Hainstraße 18

Anders als vor 500 Jahren sind Frauen eingeladen ihre Thesen zu Kirche und Gesellschaft einzubringen und mit der Tischgesellschaft zu diskutieren. „Wir sind Reformerrinnen- Frauen geben Impulse für die Zukunft“ unter diesem Motto finden in Sachsen seit 2013 Frauenmahle statt.

mehr: http://www.frauenmahl.de/Frauenmahle/Leipzig/Tab_Leipzig_2017.php

Buchvorstellungen

Das Frauenbuch von Anne Wilson Schaef in Leipzig auf der Buchmesse

Dr. Gabi Ernst-Brandt macht auf das neue Buch „**Es wird eine lange Zeit in Frieden und Wohlstand kommen – und sie wird eingeleitet von den Frauen**“ der New York Times Bestseller-Autorin Anne Wilson Schaef (u.a. „Flucht vor Nähe“, „Im Zeitalter der Sucht“) aufmerksam. Das Buch ist letzten Herbst im Vollenweider-Verlag auf Deutsch erschienen und verdient es allemal, dass es von vielen Frauen weltweit gelesen wird.

Björn Sufke: "Papa, Du hast ja Haare auf der Glatze! Aus dem Alltag eines Vaters"

In "Papa, Du hast ja Haare auf der Glatze!" beleuchtet Björn Sufke sein Vatersein so unterhaltsam wie schonungslos und lässt uns an seinen Sternstunden "männlicher Intuition" ebenso teilhaben wie an der Erkenntnis der eigenen Durchschnittlichkeit. Seine Geschichten ergeben eine vielschichtige Liebeserklärung an das Vatersein – dieses letzte große Abenteuer der Männlichkeit. Es ist ein Mutmach-Buch für alle frischgebackenen aber auch erfahrenen Väter – und natürlich eine aufschlussreiche Lektüre für alle Frauen, die sich für das Innenleben von Vätern interessieren.

Björn Sufke | Papa, du hast ja Haare auf der Glatze! | Aus dem Alltag eines Vaters

Goldmann Taschenbuch, 224 Seiten; ISBN: 978-3-442-17555-0;

€ 8,99 [D] | € 9,30 [A] | CHF 12,50

ET: 20. März 2017; Erscheint parallel als eBook

Quelle: BAG Info Mail vom 09.03.2017: Neues Buch "Papa, Du hast ja Haare auf der Glatze! Aus dem Alltag eines Vaters"

Gleichstellung in Sachsen

Beirat für das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen – Für Demokratie und Toleranz“ berufen

Am 13. März 2017 konstituierte sich der Beirat für das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen – für Demokratie und Toleranz“ (WOS).

Für die Durchführung von Projekten stehen im Doppelhaushalt 2017/18 jährlich rund vier Millionen Euro zur Verfügung. Für die erste Antragsfrist 2017 sind insgesamt rund 125 Anträge mit einem Antragsvolumen von über 5,5 Millionen Euro eingegangen.

Quelle und mehr: <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/209433?page=1>;
<https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/209266?page=1>

Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA) nimmt Arbeit auf

Das Leitziel der KORA besteht darin, islamistische Radikalisierung zu verhindern. Gleichzeitig will sie u.a. bei potentiell Betroffenen dafür sorgen, dass sie sich wieder der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verbunden fühlen.

Die KORA ist über die zentrale Telefonnummer 0351 / 564 564 9 von Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr erreichbar. Die KORA ist Bestandteil des Demokratie-Zentrums. Das Demokratie-Zentrum bündelt und vernetzt alle Aktivitäten von Bund und Freistaat Sachsen im Bereich der Förderung von Demokratie und Vielfalt gegen jegliche Form des Extremismus. Im Demokratie-Zentrum einschließlich KORA sind drei Landeskoordinatoren beschäftigt. Für die Aufgaben der Landeskoordination und der KORA stehen in diesem Jahr rund 577.000 Euro aus Landes- und Bundesmitteln zur Verfügung.

Quelle und mehr: <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/209793?page=1>

Männliche Opfer häuslicher Gewalt erhalten in Sachsen erstmals Schutz in anonymen Wohnprojekten

Seit Februar gibt es in Sachsen die ersten anonymen Männerschutzwohnungen in Dresden und in Leipzig. Jeweils drei Wohnplätze stehen Männern, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind, bei Bedarf auch ihren Kindern, zur Verfügung. Das Männernetzwerk Dresden e.V. und der Leipziger Verein LEMANN sind die Träger dieses Pilotprojektes, welches bis Ende 2018 mit jährlich rund 65.000 Euro über die Förderrichtlinie Chancengleichheit vollständig aus Landesmitteln finanziert wird.

Am 19. September 2016 wurde unter der Schirmherrschaft der Gleichstellungsministerin Petra Köpping die sachsenweite Kampagne „Mann, gib dich nicht geschlagen“ gestartet. Die Plakativmotive und weitere Informationen sind hier abrufbar: <https://www.gib-dich-nicht-geschlagen.de/>. Quelle und mehr: <https://www.medianservice.sachsen.de/medien/news/209179?page=2>

Mehr Raum für Queeres Netzwerk Sachsen

Die Fachstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Queeres Netzwerk Sachsen hat am 13. März ein eigenes Büro in der Bautzner Straße 53 in Dresden bezogen. Damit befindet man sich nicht nur im Herzen der Neustadt und in unmittelbarer Nähe zu Entscheidungsträgern, Kooperationspartnern und Mitgliedsvereinen, sondern erreicht generell mehr Sichtbarkeit für dieses Thema, sagt Martin Wunderlich, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesarbeitsgemeinschaft. Die Fachstelle war im Oktober 2016 entstanden und ist nun auch telefonisch zu erreichen: 0351/3320 4696. Mehr Informationen finden Sie im Internet: www.queeres-netzwerk-sachsen.de.

Quelle: SMGI: Der Newsletter vom 23.03.2017

Sächsische Anträge bei Integrationsministerkonferenz verabschiedet

Bei der am 16. und 17. März in Friedrichshafen stattgefundenen Integrationsministerkonferenz wurden auch zwei Anträge aus Sachsen verabschiedet.

Die beiden Anträge zielten auf die Erhöhung der finanziellen Unterstützung für die Arbeit der Jugendmigrationsdienste durch den Bund und auf die Öffnung von bestehenden Förderinstrumenten, um erwachsenen Geflüchteten den Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Quelle und mehr: <https://www.medianservice.sachsen.de/medien/news/209549?page=1>; <https://www.medianservice.sachsen.de/medien/news/209488?page=1>

Bericht zur Suchtkrankenhilfe - Sucht 2016

Die Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e. V. (SLS) hat den neuen Bericht zur Suchtkrankenhilfe 2016 veröffentlicht <http://www.slsev.de/Sucht2016.pdf>

Der Jahresbericht der Suchtkrankenhilfe gibt einen umfassenden Überblick über die Daten- und Faktenlage sowie zu legalen und illegalen Suchtmitteln in den verschiedenen Hilfebereichen des Suchthilfesystems.

Unverändert ist festzustellen, dass Alkohol in allen Versorgungsbereichen die Hauptproblemsubstanz und mit Abstand den häufigsten Behandlungsgrund darstellt. Im Ranking der am häufigsten zu behandelnden Diagnosen in Sächsischen Krankenhäusern ist die Diagnose F10 – Psychische und Verhaltensstörung durch Alkohol – mit rund 16.000 Fällen der dritthäufigste Behandlungsgrund. Allein im stationären Bereich sind rund 76 % aller Patienten, die auf Grund von alkoholbezogenen Problemlagen in ein Krankenhaus eingeliefert werden, Männer im Alter von 45 bis 59 Jahren. Menschen in höheren Lebensaltern sind von alkoholbezogenen Problemlagen ebenso betroffen.

Quelle und mehr: <https://www.medianservice.sachsen.de/medien/news/209770?page=1>

Staatsregierung bringt Landesprogramm Schulsozialarbeit auf den Weg

Die sächsische Staatsregierung hat die Förderrichtlinie zur Schulsozialarbeit beschlossen. Damit kann das Landesprogramm Schulsozialarbeit auf den Weg gebracht werden. »Ziel ist, dass kein Kind auf der Strecke bleibt – sondern bessere Chancen für die Zukunft hat«, sagte Ministerin Klepsch bei der Vorstellung der Richtlinie. Zu diesem Zweck sind im aktuellen Doppelhaushalt 2017/2018 Fördermittel in Höhe von 30 Millionen Euro vorgesehen. Sozialarbeiter an sächsischen Schulen sollen in schulischen und privaten Konflikt- und Krisensituationen Schüler professionell betreuen. Dadurch sollen die Schulabbrecherquote gesenkt und Lehrer entlastet wer-

den. »Schulsozialarbeit braucht Kontinuität und Verlässlichkeit«, so die Ministerin. Kontinuität soll durch die Fördergelder des Freistaates an Schulen kreisfreier Städte und Landkreise in ganz Sachsen sichergestellt werden.

Quelle und mehr: <https://www.medianservice.sachsen.de/medien/news/209208?page=1>

Staatsregierung schreibt Zuwanderungs- und Integrationskonzept weiter und startet Online-Beteiligung

Am 29.03.2017 fand zum sechsten Mal das Verbändegespräch Integration in Dresden statt. Inhaltlich widmete sich das Verbändegespräch der Fortschreibung des aus dem Jahre 2012 stammenden ersten Zuwanderungs- und Integrationskonzeptes (ZIK) des Freistaates Sachsen. Das erste Zuwanderungs- und Integrationskonzept soll angepasst und weiter fortgeschrieben werden. Bereits in diesem Konzept wurden Handlungsempfehlungen gegeben, die sich mit der Verbesserung des Arbeitsmarktzuganges für Zuwanderer, der Förderung von gleichberechtigter Teilhabe und der Stärkung von Migranten sowie der interkulturellen Öffnung der Gesellschaft befassen. Parallel zum Verbändegespräch wird ab heute auch ein Online-Beteiligungsverfahren zum ZIK geschaltet, an dem bis zum 15. Mai 2017 alle Interessierten teilnehmen und ihre Empfehlungen für die zehn Handlungsfelder abgeben können. Diese Stellungnahmen werden auch in die Auswertung einfließen und ergänzen somit die Ergebnisse des Verbändegesprächs. Das Beteiligungsverfahren wird unter www.buergerbeteiligung.sachsen.de durchgeführt.

Am 14. Juni 2017 findet das siebente Verbändegespräch Integration statt. Dort werden die Ergebnisse des heutigen Verbändegesprächs und der eingegangenen Resultate der Online-Beteiligung diskutiert. Der Prozess der Fortschreibung des ZIK soll mit der Veröffentlichung des überarbeiteten Konzeptes im Herbst dieses Jahres beendet sein.

Quelle und mehr: <https://www.medianservice.sachsen.de/medien/news/209809?page=1>

Landesweiter Dachverband der sächsischen Migrantenorganisationen gegründet

Am 8. April 2017 hat sich in Dresden ein Dachverband der sächsischen Migrantenorganisationen gegründet, der ein wichtiger Ansprechpartner für Verwaltung, Wirtschaft und Politik darstellt. Diesem Verband gehören mit der Gründung 42 Vereine an.

Quelle und mehr: <https://www.medianservice.sachsen.de/medien/news/210194>

Flyer für den Weiterbildungsscheck individuell und Weiterbildungsscheck betrieblich

Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr unterstützt mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) die betriebliche und berufliche Weiterbildung in Sachsen. Nach der ESF-Richtlinie Berufliche Bildung können Weiterbildungsinteressierte eine Förderung über das Programm Weiterbildungsscheck erhalten.

Zur zielgerichteten Information über die Fördermöglichkeiten des ESF hat das SMWA zwei Flyer erarbeitet, in denen die Förderprogramme „Weiterbildungsscheck individuell“ und „Weiterbildungsscheck betrieblich“ vorgestellt werden.

Quelle und mehr:

<https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/27491>;

<https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/27490>

Deutscher Juristinnenbund e.V. gründet erste Regionalgruppe in Leipzig

Am 27.02.2017 hat sich die erste Regionalgruppe des Deutschen Juristinnenbund e.V. (djb) in Leipzig gegründet. Der djb steht für die Rechte der Gleichberechtigung der Frauen in Gesellschaft, Beruf und Familie sowie für die Wahrung der Rechte von Kindern und alten Menschen ein. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von Juristinnen, Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen.

Der neu gewählte Vorstand besteht aus der Vorsitzenden, Frau Rechtsanwältin Tanja Müller-Tegethoff, Kanzlei Helweg & Müller-Tegethoff, Kochstr. 1, 04275 Leipzig, der stellvertretenden Vorsitzenden Frau Anne Schettler, parlamentarische Beraterin, der Schriftführerin, Frau Richter am Amtsgericht Sonja Ewerdt-Schlaak, und der Rechtsreferendarin, Frau Madita Gosch, als Schatzmeisterin. Das nächste Treffen findet am 12.06.2017 im Restaurant Altes Rathaus in Leipzig, 18:00 Uhr statt, zu dem Interessierte hiermit herzlich eingeladen sind.

Quelle und mehr: Landesfrauenrat Sachsen e. V., E-Mail vom 3. März 2017

Gleichstellung auf Bundesebene

BAG kommunale Frauenbüros

Einladung zur 24. Bundeskonferenz in Wolfsburg 07.-09.05.2017

Die Bundessprecherinnen laden herzlich zur 24. Bundeskonferenz kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten „**Kommune mit Zukunft - NUR mit Gleichstellung!**“ nach Wolfsburg ein. Der **Empfang** der Stadt Wolfsburg wird am Sonntag, den 07. Mai 2017 ab 18.30 Uhr, im **phaeno**, www.phaeno.de stattfinden, die **Konferenz** am 08. und 09. Mai 2017 im **CongressPark Wolfsburg** → <http://cms.congresspark-wolfsburg.de/Anfahrt.16.0.html>

Der **Teilnahmebeitrag** incl. Tagungsverpflegung für die Bundeskonferenz beträgt 165,00 Euro. Die **Anmeldung zur Konferenz**, zu den einzelnen **Foren** sowie zu den **Stadtführungen**, Informationen zu den Hotelkontingenten und die Buchung der Übernachtungen erfolgt in diesem Jahr über die Internetseite der BAG. www.frauenbeauftragte.de. Im Programm der Konferenz sind kurze Informationen zu den Foren zu finden. Die Inhaltsbeschreibungen der einzelnen **Stadtführungen** sind ebenfalls auf der Internetseite einzusehen.

weitere Informationen: <http://www.frauenbeauftragte.org/24-bundeskonferenz-wolfsburg-2017>

BAG-Homepage – Interner Bereich

Kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte können sich auch in den nichtöffentlichen Bereich der BAG-Homepage einloggen. Dazu ist eine kurze Anmeldung erforderlich. Dort stehen den Kolleginnen Informationen und praktische Anregungen zu vielen Themen für ihre Arbeit zur Verfügung. Weitere Infos → <http://www.frauenbeauftragte.org/user/register>

Quelle: BAG Newsletter Februar 2017

Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes vor Ort

(<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/prostg/gesamt.pdf>)

Zur Vorstellung des Prostitutionsschutzgesetzes, beispielsweise in Gremien oder Arbeitsgruppen, stellt die BAG im internen Log-in Bereich eine PowerPoint zur Verfügung, die für die eigene Arbeit vor Ort genutzt werden kann. In der Präsentation werden zum Abschluss auch die kommunalen Handlungsfelder beschrieben, die je nach Ausgangslage in den Ländern und Kommunen verändert oder auch ergänzt werden können.

<http://www.frauenbeauftragte.org/themen/prostitution>

Quelle: BAG Newsletter Februar 2017

Dokumentation Fachtag "Prostitution. Herausforderungen für die Kommunen" der BAG kommunaler Frauenbüros veröffentlicht

Das Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Person (kurz Prostituiertenschutzgesetz) tritt am 01.07.2017 in Kraft https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl116s2372.pdf#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl116s2372.pdf%27%5D_1491554666205.

Die BAG begleitete das Gesetzesvorhaben intensiv und lud im Oktober 2016 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zum Fachtag „Prostitution. Herausforderungen für die Kommunen“ ein. Damit diskutierte die BAG als erster Interessenverband über die Hintergründe, Einordnung und Umsetzung des neuen Prostituiertenschutzgesetzes.

Knapp 100 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nutzten die Gelegenheit zur Information über die neuen kommunalen Aufgaben und die Gelegenheit zum Gespräch.

Die Online-Dokumentation dieser BAG Fachtagung ist nun fertiggestellt und steht unter

www.frauenbeauftragte.org/prostitution/dokumentation-der-tagung-prostitution-herausforderung-f%C3%BCr-kommunen zum Download zur Verfügung.

Quelle: BAG Sondernewsletter vom 29.03.2017

BAG twittert unter neuem Namen

Die BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen twittert seit Februar 2017 unter dem neuen Twitter-Namen: [gleichberechtigt@BAGkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@BAGkommunal)

Quelle: BAG Newsletter Februar 2017

Stellungnahme der BAG kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros zum Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer: Alle profitieren

- Um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen, müssen Sorge- und Erwerbsarbeit zusammengedacht werden.
- Hindernisse für die Gleichstellung der Geschlechter, wie Diskriminierungen und Gewalt müssen erkannt und bekämpft werden.
- Kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte müssen mit entsprechenden Rechten, Personal und Ressourcen ausgestattet werden, um wirksam arbeiten zu können.

Quelle und mehr: PM BAG vom 07.03.2017;

http://www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/13_pm_gutachten_zweiter_gleichstellungsbericht.pdf

„52,4 Prozent Gender Care Gap – Gleichstellung von Frauen und Männern noch nicht erreicht“

Die Sachverständigenkommission hat das Gutachten zum Zweiten Gleichstellungsbericht im Januar 2017 an die Ministerin übergeben. Eine Stellungnahme der Bundesregierung zu diesem Gutachten wird derzeit zwischen den Ressorts abgestimmt. Das Gutachten und die Stellungnahme der Bundesregierung zu diesem Gutachten werden zusammen den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung bilden, der dem Kabinett nach Abschluss der Ressortabstimmung vorgelegt wird.

Quelle und mehr: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/-52-4-prozent-gender-care-gap---gleichstellung-von-frauen-und-maennern-noch-nicht-erreicht-/114318>

Bundestag beschließt Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit

Der Bundestag hat am 30. März 2017 in zweiter und dritter Lesung den von Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig eingebrachten Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit (Gesetz zur Förderung von Transparenz von Entgeltstrukturen), beschlossen.

Quelle und mehr: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/bundestag-beschliesst-gesetz-fuer-mehr-lohngerechtigkeit/115654>

Einladung zur Abschlussveranstaltung und Zertifikatsverleihung gb-check

Das BMFSFJ lädt für den 3. Mai 2017 zur Abschlussveranstaltung ein. Zwischen 10:00 Uhr und 13:30 Uhr werden im Quadriga Forum Berlin der Öffentlichkeit das Analyseinstrument „*gb-check*“ vorgestellt, die Erfahrungen der Pilotphase diskutiert und den beteiligten Unternehmen ein Zertifikat für ihre Teilnahme überreicht. Bei einem anschließenden Get Together wird es außerdem die Möglichkeit geben, mit den Wissenschaftlerinnen der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin sowie den Pilotunternehmen ins Gespräch zu kommen.

Ausführliche Informationen zur Veranstaltung und zur Anmeldung finden Sie [hier](#). Anmeldungen für die Veranstaltung sind **bis zum 21. April 2017** über das [Online-Formular](#) möglich.

Quelle: <https://ads-veranstaltungen.bafza.de/gb-check/start.html>

3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern

Wie sieht es mit der Umsetzung von gleichstellungspolitischen Zielen auf Landes- und Kreisebene in Deutschland aus? Darüber gibt nun der "3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland" Auskunft.

In der vom Bundesfrauenministerium veröffentlichten Publikation wurden 38 Gleichstellungsindikatoren zu Schwerpunkten wie "Partizipation", "Bildung, Ausbildung, Berufswahl" und "Arbeit und Einkommen" untersucht und mit der Entwicklung seit Jahr 2008, dem ersten Jahr einer entsprechenden Veröffentlichung verglichen. Hinzugekommen sind Indikatoren wie "Frauen in Führungspositionen in der Justiz" und "eigenes Alterssicherungseinkommen" (Gender Pension Gap).

Quelle: Newsletter Deutscher Frauenrat vom 22.02.2017

mehr: <https://www.bmfsfj.de/blob/114006/738fd7b84c664e8747c8719a163aa7d9/3--atlas-zur-gleichstellung-von-frauen-und-maennern-in-deutschland-deutsch-data.pdf>

Mehr partnerschaftliche Vereinbarkeit: Neue OECD-Studie veröffentlicht

Eine Zusammenfassung der Studie sowie den Gesamtbericht finden Sie unter www.oecd.org/berlin/publikationen/dare-to-share.htm

Quelle: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/mehr-partnerschaftliche-vereinbarkeit/114104>

Studie untersucht Geldverwaltung in der Partnerschaft

Frauen, die mehr verdienen, bevorzugen finanzielle Unabhängigkeit durch getrennte Kassen. Die meisten Paare legen zwar ihr Einkommen zusammen. Doch wenn Frauen mehr verdienen, bevorzugen sie getrennte Kassen, zeigt eine neue Studie.* Die Sozialwissenschaftlerin Dr. Yvonne Lott von der Hans-Böckler-Stiftung weist darin nach, dass getrenntes Wirtschaften in einer Partnerschaft umso wahrscheinlicher wird, je mehr die Frau verdient. Nach ihrer Ansicht deutet das darauf hin, dass Frauen finanzielle Unabhängigkeit anstreben, wenn sie die Möglichkeit dazu haben.

Quelle: https://www.boeckler.de/107957_107979.htm

CEDAW: Parlamentarische Staatssekretärin Ferner präsentiert gleichstellungspolitische Bilanz

Der kombinierte siebte und achte Staatenbericht der Bundesregierung wurde im Juni 2015 vom Bundeskabinett verabschiedet und umfasst den Berichtszeitraum 2007-2014. Er erläutert, welche Maßnahmen Deutschland in diesem Zeitraum zur Umsetzung der Gleichstellung der Frau getroffen hat. Die Bundesrepublik Deutschland erfüllt mit dem Bericht ihre Verpflichtung aus Artikel 18 des Frauenrechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (VN), regelmäßig über die Umsetzung von Gleichstellung zu berichten.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (UN Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women - CEDAW) gehört zu den neun internationalen Menschenrechtsverträgen. Es wurde am 18. Dezember 1979 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) verabschiedet und inzwischen von 189 der 193 VN-Mitgliedstaaten bestätigt. Deutschland hat das Übereinkommen 1985 ratifiziert.

Quelle und mehr: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/cedaw--parlamentarische-staatssekretaerin-ferner-praesentiert-gleichstellungspolitische-bilanz-/114128>

Am 3. März hat der zuständige CEDAW-Ausschuss seine "Concluding Observations" zum Stand der Umsetzung der Gleichstellung vorgelegt. Ein Ergebnis: In Deutschland fehlt es immer noch an einer konsistenten und zukunftsweisenden Gleichstellungspolitik. Ein feministischer Zwischenruf von Prof. Dr. Maria Wersig.

Quelle und mehr: <http://www.gwi-boell.de/de/2017/03/23/frauenrechtliche-hausaufgaben-der-un-frauenausschuss-empfieht>

Gleichstellungsindex 2016 veröffentlicht

Das Statistische Bundesamt hat den Gleichstellungsindex 2016 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt. Untersucht werden die Anteile von Frauen und Männern an Führungspositionen in den obersten Bundesbehörden. Insgesamt liegt der Beschäftigungsanteil von Frauen bei 54 Prozent, in Leitungsfunktionen liegt der Frauenanteil mittlerweile bei knapp 34 Prozent.

Quelle: Newsletter der Vernetzungsstelle März 2017

mehr: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/-die-quote-wirkt-/115138>;

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/Gleichstellung/Gleichstellungsindex5799901167004.html;jsessionid=2634EB10FB0DBF7B2562945DFD76FE8B.cae2>

Gleichstellung ist inzwischen auch für viele Männer ein Thema

In der Studie "Männer-Perspektiven. Auf dem Weg zu mehr Gleichstellung?" wird aufgezeigt, dass sich immer mehr Männer für ein gleichberechtigtes Lebensmodell von Frauen und Männern aussprechen.

Quelle: Newsletter der Agentur für Querschnittsziele im ESF 03/2017

mehr: <https://www.bmfsfj.de/blob/115580/ff787837d5c3bddd940bc6b58/maenner-perspektiven-auf-dem-weg-zu-mehr-gleichstellung-data.pdf>;
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/studie-zeigt--gleichstellung-ist-auch-fuer-maenner-ein-thema/115416>

Kampagnenstart #50Prozent Frauen in Parlamenten

Anlässlich des Internationalen Frauentags und des bald 100-jährigen Bestehens des Frauenwahlrechts erklärt der Deutsche Frauenring:

Wir fordern den Gesetzgeber im Bundestag und alle für den nächsten Bundestag zur Wahl stehenden Kandidat*innen auf, 2018 ein Paritätswahlgesetz zu verabschieden, das die angemessene paritätische Vertretung von Frauen im Bundestag und anderen Parlamenten herstellt. Frauen sind noch immer nicht entsprechend ihres Anteils in der Bevölkerung (52 Prozent) sowie unter den Wahlberechtigten (51 Prozent) im Bundestag, den Landtagen und den Kommunen vertreten. Das muss endlich anders werden. Wir werden nicht mehr warten!

Unsere Online-Petition und alle Argumente bei Change.org können im Internet unter folgender Adresse abgerufen werden:

www.change.org/p/18-bundestag-und-die-kandidatinnen-des-19-bundestages-50prozent-frauen-in-den-parlamenten

Quelle: BAG Info Mail vom 08.03.2017: Deutscher Frauenring: Kampagnenstart #50Prozent Frauen in Parlamenten - Unterzeichnung erwünscht

mehr: Deutscher Frauenring e. V.; Pressemitteilung Berlin, den 08.03.2017 Nr. 2/2017;
www.deutscher-frauenring.de

Veröffentlichung Social Spot „Reformation für Alle* - Transidentität / Transsexualität und Kirche“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat im Rahmen der Maßnahmen zum Reformationsjubiläum den geförderten Social Spot nebst Begleitbroschüre „Reformation für Alle* - Transidentität / Transsexualität und Kirche“ der Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e. V. veröffentlicht.

Den Social Spot und der Link zur Broschüre finden Sie unter <http://tur2017.de/>.

In dem Spot kommen Menschen, die mit der Kirche verbunden sind, zum Thema „Kirche und Transsexualität“ zu Wort.

Die Begleitbroschüre enthält weitergehende Beiträge aus den Bereichen evangelische Theologie, Recht, Medizin, Ethik und Gesellschaftspolitik sowie weitere Personeninterviews.

Quelle: BAG Info Mail vom 06.04.2017

Kindergeld aus einer Hand: Familienkasse bereitet sich auf 2 Millionen zusätzliche Kindergeldfälle vor

Zu Beginn des Jahres hat der Gesetzgeber die Voraussetzungen für eine Reform dieser Zuständigkeiten geschaffen. Das Gesetz ist Teil des Programms der Bundesregierung für eine bürgerfreundlichere Verwaltung in Deutschland. Damit kann die Familienkasse der BA jetzt gestuft bis 2021 die Kindergeldfälle der vielen öffentlichen Familienkassen übernehmen, sofern diese zustimmen. Der „Service für Alle“ soll insgesamt moderner und schneller werden sowie neue Zugangskanäle, z.B. über das Internet, eröffnen.

Quelle: Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit vom 28. März 2017

Fair Fashion Guide

Der FEMNET e.V. hat in Kooperation mit Modejournalistinnen des Beneficial Design Institute Berlin einen Fair Fashion Guide herausgegeben. Auf 34 Seiten greifen Profi-Models, Fotografen und Stylisten das Thema nachhaltige und faire Mode auf, die unter menschenrechtlich verantwortlichen Bedingungen hergestellt wurde.

Neben der Präsentation öko-fairer Textilien mit verschiedenen Modestilen reichen Konsument_innen Tipps von der Kleiderpflege über's Teilen und Tauschen bis zum Up-Cycling von Kleidung. Öko-faire Kleidung ist für Verbraucher_innen erkennbar. Umwelt- und Sozialsiegel werden dargestellt und erläutert.

Die Broschüre wurde gefördert von ENGAGEMENT Global im Auftrag des BMZ. Auf Wunsch stellen wir gerne weitere Exemplare des Fair Fashion Guide zur Verfügung. Zu bestellen bei:

FEMNET e.V., Feministische Perspektiven auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn, www.femnet-ev.de
Quelle: BAG Info Mail: femnet e.V.: Fair Fashion Guide vom 05.04.2017

Frauen- und Gleichstellungspolitik in die Wahlprogramme! Forderungen des Deutschen Frauenrats (DF)

Zur Bundestagswahl 2017 richtet sich der Deutsche Frauenrat (DF) mit **neun** Forderungen an die Parteien im Wahlkampf. Mit diesen frauen- und gleichstellungspolitischen Forderungen geht der Deutsche Frauenrat in die Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Parteien und an die gesellschaftspolitische Öffentlichkeit.

Quelle und mehr:

https://www.frauenrat.de/no_cache/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/frauen-und-gleichstellungspolitik-in-die-wahlprogramme-forderungen-des-deutschen-frauenrats-df-1.html

Deutscher Juristinnenbund e. V.: 10 Forderungen des djb an die Parteien zur Bundestagswahl 2017

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) fordert alle Parteien auf zu gewährleisten, dass bei der Bundestagswahl 2017 ebenso viele Frauen wie Männer auf den chancenreichen vorderen Listenplätzen stehen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in politischen Ämtern und Entscheidungsgremien ist selbstverständlich und unerlässlich für die Demokratie.

Um die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen umzusetzen, fordert der djb klare Aussagen von den Parteien bei der Erstellung ihrer Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2017 zu den folgenden zentralen frauen- und gleichstellungspolitischen Themen:

Quelle und mehr: <https://www.djb.de/Kom/K4/pm17-04/>;

<https://www.djb.de/Kom-u-AS/K5/pm17-10/>;

<https://www.djb.de/st-pm/pm/pm17-15/>

djb-Pressemitteilung: djb zum Fall Birte Meier

Als alarmierendes Signal sieht der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) die Abweisung der Klage einer festen freien Mitarbeiterin gegen das ZDF, die erheblich weniger verdient als männliche Kollegen mit vergleichbarer Tätigkeit. ... Die in der Presse zitierten Ausführungen des Vorsitzenden Richters, wonach bei Frauen Schwangerschaften ursächlich seien für ungleiche Entgelte oder die Bezahlung der Beschäftigten Verhandlungssache sei und mithin unter die Vertragsfreiheit fiele, sieht der djb kritisch. Sollten sie so getroffen worden sein, widersprechen sie dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Danach sind Bestimmungen in Vereinbarungen, die gegen das "Benachteiligungsverbot"

Quelle und mehr: <https://www.djb.de/Kom-u-AS/K1/pm17-07/>

Auf einem guten Weg, aber noch nicht am Ziel - djb zur Wahl der Bundesrichtern und Bundesrichter 2017

17 Stellen an den obersten Gerichtshöfen des Bundes waren in diesem Jahr neu zu besetzen. In seiner gestrigen Sitzung hat der Bundesrichterwahlausschuss insgesamt sieben Richterinnen und zehn Richter gewählt. Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) begrüßt, dass für den Bundesgerichtshof jeweils sechs Frauen und sechs Männer gewählt worden sind.

"Endlich halbe-halbe! - diese Forderung Jutta Limbachs wurde wenigstens bei der Wahl der Richterinnen und Richter für den Bundesgerichtshof in diesem Jahr umgesetzt", kommentiert Ramona Pisal, Präsidentin des djb, das Ergebnis.

Der djb fordert seit Langem, genau so viele Frauen wie Männer für die Wahl an die obersten Gerichtshöfe des Bundes vorzuschlagen und die Hälfte der Stellen mit Richterinnen zu besetzen.

Quelle und mehr: <https://www.djb.de/st-pm/pm/pm17-12/>

Der Schutz von Frauen vor Gewalt wird in Deutschland nachhaltig gestärkt

Das Bundeskabinett beschließt die Ratifizierung der Istanbul- Konvention „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ Die Bundesregierung hat am 8. März 2017 dem von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig eingebrachten Gesetzentwurf zum „Übereinkommen

des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ zugestimmt. Damit sind die Voraussetzungen für die Ratifizierung der Istanbul-Konvention erfüllt. Deutschland hatte das Übereinkommen bereits im Mai 2011 in Istanbul unterzeichnet und angekündigt, es in nationales Recht umzusetzen.

Quelle und mehr: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/der-schutz-von-frauen-vor-gewalt-wird-in-deutschland-nachhaltig-gestaerkt/115136>

Das Hilfetelefon erweitert sein mehrsprachiges Angebot Telefonische Beratung jetzt auch in Albanisch und Kurdisch (Kurmandschi)

Um möglichst vielen gewaltbetroffenen Frauen in Deutschland die Möglichkeit zu geben, das Angebot des Hilfetelefon zu nutzen, können die Beraterinnen Dolmetscherinnen hinzuschalten. Seit dem 1. Januar 2017 ist dies auch in den Sprachen Albanisch und Kurdisch (Kurmandschi) möglich, sodass Betroffenen nun in 17 Sprachen geholfen werden kann.

Quelle und mehr: <http://www.hilfetelefon.de/index.php?id=308>

Immer mehr Menschen wenden sich an das Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen"

Über 34.400 Beratungen im Jahr 2016 – auch von immer mehr Frauen mit Fluchthintergrund. Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ hat am 29. März 2017 den vierten Jahresbericht veröffentlicht. Er zeigt: Im Jahr 2016 wurde das bundesweite Beratungsangebot über 34 400 mal per Telefon, Chat und E-Mail in Anspruch genommen. Das ist ein Anstieg von rund 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Seit 2013 verzeichnete das Hilfetelefon damit über 100.000 Beratungskontakte.

Quelle und mehr: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/immer-mehr-menschen-wenden-sich-an-das-hilfetelefon--gewalt-gegen-frauen-/115634>;
<http://www.hilfetelefon.de/index.php?id=317>

Jahresbericht:

http://www.hilfetelefon.de/fileadmin/content/Materialien/Jahresberichte/Hilfetelefon_Gewalt_gegen_Frauen_Jahresbericht_2016.pdf

Ein Veilchen für die Liebste

Fast jede dritte Frau, 78 % der Frauen in der EU, 603 Millionen Frauen weltweit – woran denken Sie bei diesen Zahlen? Es sind die erschreckenden Indikatoren für die Alltäglichkeit von Gewalt gegen Frauen: Nahezu jede dritte Frau (30 %) hat bereits seelische oder sexuelle Gewalt durch ihren Partner erlitten. Von allen Frauen, die in der Europäischen Union leben, empfinden 78 % Gewalt gegen Frauen in ihrem Heimatland als normal. 603 Millionen Frauen weltweit leben in Ländern, in denen häusliche Gewalt nicht strafbar ist. (Quelle: Vereinte Nationen & WHO, europa.eu).

Quelle: 13.2.2017, Online-Redaktion Verlag Dashöfer, Quelle: Verlag Dashöfer GmbH

mehr: <http://www.dasgleichstellungswissen.de/ein-veilchen-f-r-die-liebste.html?wa=GLB17N-07&srnr=SR10975820&uid=4707599&from=ONL-GLEICH>

Kinderrechte ins Grundgesetz

Seit 25 Jahren gilt die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in Deutschland. Seitdem wird darüber diskutiert, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen: Kinderrechte gehören in das Grundgesetz.

Quelle und mehr: <https://www.bmfsfj.de/kinderrechte>

Reform SGB VIII - Referentenentwurf im Umlauf

Am Freitag, den 17.03.2017 erschien offiziell der Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) von Seiten des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Vorher existierten nur nicht autorisierte Fassungen, die allesamt zurückgezogen wurden aufgrund des fachlichen Widerstandes. Offizieller SGB VIII Entwurf soll Anfang April ins Kabinett. Dieser Entwurf soll Gesetz werden und am 1.1.2018 in Kraft treten. Schon Anfang April soll der Entwurf im Kabinett beraten werden, denn sonst kann der Entwurf aufgrund des Diskontinuitätsprinzips nicht mehr in dieser Legislaturperiode zum Gesetz werden. Der erstmal autorisierte reduzierte Gesetzesentwurf, unterscheidet sich erheblich von dem seit Februar 2017 kursierenden Referatsentwurf und ist nun der offiziell vorgelegte Entwurf, der offensichtlich im Eiltempo noch beraten werden soll.

Änderungen sind u. a. folgende vorgesehen:

- uneingeschränkter Beratungsanspruch nach § 8
- Etablierung von Ombudsstellen vor Ort
- stärkere Betonung von Medienkompetenzvermittlung im § 14
- Inklusion als Leitgedanke verankert
- Einführung Jugendcheck auf Bundesebene
- Beitrag zum Kinderschutz in Jugendarbeit stärker forciert, u. a. in ehrenamtlichen Strukturen (§ 11 SGB VIII)

Quelle: Newsletter 3 / 2017 - Landesverband Soziokultur Sachsen e.V.

mehr: <http://www.igfh.de/cms/nachrichten/informationen-zur-reform-sgb-viii-%E2%80%93-vorbereitung-eines-neuen-gesetzes-zur-st%C3%A4rkung-von>

Bedarf bei Kindertagesbetreuung weiter gestiegen

Dazu erklärte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig: „Mein Ziel ist, dass alle Kinder und Familien gleichermaßen von einer guten Kindertagesbetreuung profitieren können. Ich freue mich daher sehr, dass wir im Dezember 2016 im Kabinett das Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung“ beschlossen haben. Damit wird die Grundlage für das neue Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017 bis 2020 geschaffen, und es können zusätzlich 100.000 Betreuungsplätze für Kinder im Alter von einem Jahr bis zum Schuleintritt geschaffen werden.“

Quelle und mehr: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/bedarf-bei-kindertagesbetreuung-weiter-gestiegen---bmfsfj-veroeffentlicht-erstmal-daten-zu-betreuungsbedarfen-von-kindern-von-3---11-jahren/113906>

Erste repräsentative Studie zur Gesundheitskompetenz in Deutschland

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) legt die erste repräsentative Untersuchung zur Gesundheitskompetenz in Deutschland (German Health Literacy Survey (HLS-GER)), erstellt durch die Universität Bielefeld, vor.

Im Rahmen der Untersuchung wurden Daten zur Gesundheitskompetenz der deutschen Bevölkerung sowie zu damit zusammenhängenden soziodemografischen Faktoren erhoben. Dazu gehören das Alter der Befragten, Bildungsstatus, selbsteingeschätzter Sozialstatus, Migrationshintergrund und das Vorliegen einer chronischen Erkrankung. Für die Studie fand eine repräsentative Befragung von 2.000 Bürgerinnen und Bürger zu deren Gesundheitskompetenz statt. Kern der zugrunde liegenden Befragung bildete das umfassende Gesundheitskompetenz Konzeptverständnis, das bereits der europäischen Erhebung zugrunde lag. Hierbei stehen vier Kompetenzen im Mittelpunkt: Gesundheitsinformationen finden und erschließen, Gesundheitsinformationen verstehen, Gesundheitsinformationen beurteilen und Gesundheitsinformation kommunizieren und für die eigene Gesundheit nutzen und anwenden zu können.

Quelle und mehr:

http://www.bmjbv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/03302017_Gesundheitskompetenz_Deutschland.html

Robert Koch-Institut wird neuen Frauengesundheitsbericht erstellen

Der Bericht wird auf der geschlechtervergleichenden Darstellung des Berichts "Gesundheit in Deutschland" (2015) aufsetzen. Darüber hinaus werden Themen, die für die Frauengesundheit im Lebensverlauf besonders wichtig sind, einer vertieften Betrachtung unterzogen. Das BMG wird das RKI in Kürze mit dem Bericht beauftragen. Er soll Anfang 2019 vorliegen.

Quelle und mehr:

<http://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/meldungen/2017/maerz/frauengesundheit.html>

Jahresbericht erschienen: „Die stille Sucht der Frauen“

Weibliche Sucht wird schneller tabuisiert, häufiger stigmatisiert und findet meist im Verborgenen statt. Darüber hinaus nehmen Frauen therapeutische Angebote deutlich weniger wahr als Männer. Während ein Drittel der globalen Drogenkonsumenten Frauen und Mädchen sind, ist nur einer von fünf Behandlungsempfängern weiblich. Dies ist nicht nur für die Frauen problema-

tisch, auch die Auswirkungen auf die Familien, insbesondere die Kinder sind immens. Dies geht aus dem 2. März 2017 veröffentlichten Bericht des Internationalen Suchtstoffkontrollrats „International Narcotics Control Board (INCB)“ hervor.

Quelle und mehr:

<http://www.drogenbeauftragte.de/presse/pressekontakt-und-mitteilungen/2017/2017-1-quartal/jahresbericht-des-incb.html>

Der Zweite Engagementbericht inkl. der Stellungnahme der Bundesregierung steht auf der Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Download zur Verfügung: www.bmfsfj.bund.de.

Quelle und mehr:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/engagement-ist-unverzichtbar-fuer-den-zusammenhalt/115600>

Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2018 ausgeschrieben

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ schreibt den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2018 – Hermine-Albers-Preis – in den Kategorien Praxispreis, Theorie- und Wissenschaftspreis sowie Medienpreis der Kinder- und Jugendhilfe aus.

Quelle und mehr: https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/artikel/deutscher-kinder-und-jugendhilfepreis-2018-ausgeschrieben/?utm_source=Newsletter&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter%20KW12%20M%C3%A4rz%202017&cHash=eded5ad672ae09357f8b0930c29e950d

Jugendpolitik: 15. Kinder- und Jugendbericht erschienen

"Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter"

Der Bericht zeichnet ein aktuelles Bild der Lebenslagen und des Alltags Jugendlicher und junger Erwachsener. Im Bericht sind erstmals die Sichtweisen junger Menschen eingeflossen. Zudem hat die Jugendpresse Deutschland ergänzend eine Jugendbroschüre erstellt, welche zentrale Themen aus der Sicht der jungen Redakteure aufbereitet.

Zentrale Themen des Berichts sind:

- Familienbeziehungen, Gleichaltrigen- und Paarbeziehungen, Jugendkulturen und –szenen
- Verhältnis von Jugend zu Politik und Religion, zu Gegenwart und Zukunft – bei regional unterschiedlichen Rahmenbedingungen und im Kontext von Mobilität, Digitalisierung und Globalisierung
- das digital-vernetzte Leben Jugendlicher
- Zwischenbilanz zur Ganztagschule aus der Jugendperspektive
- Situation und Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit und sozialer Dienste im gesellschaftlichen Wandel

Quelle: Newsletter 2 / 2017 - Landesverband Soziokultur Sachsen e. V.

mehr: <https://www.bmfsfj.de/blob/113816/a99ff7d041784d0a41ca295ce4bceb56/15--kinder-und-jugendbericht-data.pdf>;
<https://www.bmfsfj.de/blob/113818/57a64db71e66a5c5e27b0a2febb6b46b/broschuere-jugend-ermoeglichen-data.pdf>

Kabinett beschließt ersten Bericht zur Situation unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher

Das Bundeskabinett hat am 15. März 2017 den Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur Situation von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen in Deutschland beschlossen. Es ist die erste umfassende Bestandsaufnahme seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher am 1. November 2015. Fazit: Das Verfahren zur bundesweiten Aufnahme wird von den Ländern und Kommunen verantwortungsvoll umgesetzt und funktioniert im Wesentlichen gut.

Quelle und mehr: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/kabinett-beschliesst-ersten-bericht-zur-situation-unbegleiteter-auslaendischer-kinder-und-jugendlicher/115332>

"Duale Berufsausbildung Rückgrat der Fachkräftesicherung"

BIBB-Hauptausschuss beschließt gemeinsame Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2017

Der Hauptausschuss betont insbesondere nochmals folgende Punkte (Auszug):

- Das weitere Absinken des Interesses junger Frauen an der dualen Berufsausbildung ist mit Sorge zu betrachten, auch wenn hier die vollzeitschulischen Ausbildungen und das Studium nach wie vor eine große Rolle spielen. Aus Sicht des Hauptausschusses gilt es, junge Frauen wieder stärker für duale Ausbildungsberufe zu gewinnen.

Quelle: http://www.bibb.de/de/newsletter/pressemitteilung_60679.htm

mehr: http://www.bibb.de/de/newsletter/media/ha_stellungnahme_zum_bbb_2017.pdf

Neues feministisches Netzwerk

Wie sich etwa am 21. Januar mit dem „Women's March on Washington“ und den zahlreichen internationalen Schwesternmärschen zeigte, zieht es weltweit immer mehr Menschen auf die Straßen, um angesichts von Rechtspopulismus für Frauen- und Menschenrechte zu kämpfen. Nun hat sich in Deutschland ganz im Zeichen der internationalen Solidarität eine neue Initiative namens "Feministisches Netzwerk" gebildet.

Quelle und mehr:

https://www.frauenrat.de/no_cache/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/neues-feministisches-netzwerk.html; www.feministischesnetzwerk.org

Rheinland-Pfalz | 5. Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes

Der 5. Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes von Rheinland-Pfalz liegt vor. Folgenden Fragen geht der Bericht u.a. nach: Wie hat sich die Beschäftigungssituation von Frauen im öffentlichen Dienst von Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren verändert? Welche Fortschritte wurden erreicht? Wo gibt es weiter Handlungsbedarf? Wie sieht die Altersstruktur im Landesdienst aus? Wie ist die Situation der Gleichstellungsbeauftragten?

Quelle: Newsletter der Vernetzungsstelle März 2017

mehr:

https://mfjiv.rlp.de/de/service/publikationen/detail/?tx_rlppublications_detail%5Bpublication%5D=915&tx_rlppublications_detail%5Bpage%5D=1&tx_rlppublications_detail%5Baction%5D=show&tx_rlppublications_detail%5Bcontroller%5D=Publication&cHash=5f7e22

Schleswig-Holstein: Novellierung der Gemeinde-, Kreis- und Amtsordnung

Mit dem Gesetz zur Sicherung der Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wurden in Schleswig-Holstein die Gemeindeordnung, die Kreisordnung und die Amtsordnung novelliert. Für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, die ab einer Gemeindegröße von 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bereits galt, dass sie grundsätzlich hauptamtlich tätig sein müssen wurde klargestellt, dass sie grundsätzlich vollzeitlich tätig sind und teilzeitlich nur in solchen Ausnahmefällen, in denen eine ordnungsgemäße Erledigung der anfallenden Gleichstellungsaufgaben dies zulässt. Teilzeitige Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten mit weniger als 50 Prozent ist nun ausgeschlossen. Die aktuellen Fassungen der Gemeinde-, Kreis- und Amtsordnung finden sich hier:

http://www.vernetzungsstelle.de/index.cfm?uuid=B707C03404AD9B19F588422ECC8D51D8&and_uuid=1789C4EDCCE9E2FCFBC05C7F9E98B53F

Quelle: Newsletter der Vernetzungsstelle April 2017

LAG Schleswig-Holstein begrüßt Gesetz zur Sicherung der Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Die Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in Schleswig-Holstein (LAG) lobt den Beschluss zur Festlegung der Arbeitszeit für hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte. Der Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Landtags, dass die gesetzliche Vorgabe der Vollzeitbeschäftigung von hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in die Gemeinde-, Kreis- und Amtsordnung aufgenommen wird, sichert zukünftig eine einheitliche Rechtsanwendung bei der Bestellung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im ganzen Land.

Quelle: Newsletter der Vernetzungsstelle April 2017

Digitaler Stadtplan mit den nach Frauen benannten Straßen erweitert das Angebot von GeoInfo Frankfurt

Das Frauenreferat der Stadt Frankfurt hat in enger Kooperation mit dem Stadtvermessungsamt eine digitale Karte der nach Frauen benannten Straßen erstellt. In Frankfurt am Main tragen von den rund 3.400 Straßen, Plätzen und Brücken aktuell 137 Straßen und Plätze die Namen von berühmten Frauen. Die neue Karte "Nach Frauen benannt" im Online-Portal GeoInfo Frankfurt macht sie nun schnell und mobil sichtbar. Die Karte zeigt nicht nur an, wie die Straßen in den Stadtteilen verteilt sind, sondern offenbart auch Merkmale wie Straßenlänge und Flächenanteile und damit die symbolische Bedeutung im Stadtgebiet. Zur Karte: <https://geoportal.frankfurt.de/karten/nach-frauen-benannt.html>

Quelle: Newsletter der Vernetzungsstelle April 2017

Neues Internetportal | Schutz vor Gewalt für Mädchen und junge Frauen mit Behinderung/chronischer Erkrankung

Mädchen und Frauen mit Behinderung sind besonders häufig Opfer von Gewalt. So werden laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums Frauen mit geistigen oder körperlichen Einschränkungen zwei bis dreimal häufiger Opfer von sexualisierter Gewalt als der Durchschnitt der weiblichen Bevölkerung. Im Rahmen eines vom Land Nordrhein-Westfalen geförderten Projekts bietet das Internetportal www.maedchensicherinklusive-nrw.de Informationen und Hilfeangebote für Mädchen und junge Frauen mit Behinderung/chronischer Erkrankung und vermittelt Beratung per Chat, E-Mail oder Telefon.

Quelle: Newsletter der Vernetzungsstelle April 2017

mehr:

http://www.vernetzungsstelle.de/index.cfm?uuid=B7143848F880C571A8E640AA39936FBE&and_uuid=0F3F315FD25182B457A2A49A41E9F3

Neue Perspektiven für die Gleichstellung | Broschüre aus Speyer

Seit 20 Jahren gibt es in Rheinland-Pfalz ein Landesgleichstellungsgesetz. Im Jahr 2015 wurde es novelliert und mit neuen Zielen verabschiedet. Dies hat die Gleichstellungsstelle der Stadt Speyer als Anlass genommen, ein Resümee zu ziehen. Es wird in der Broschüre anschaulich gezeigt, wie Gleichstellungsthemen aufgegriffen wurden und welche gemeinsamen Initiativen und Veranstaltungen gestartet wurden.

Quelle: Newsletter der Vernetzungsstelle März 2017

mehr:

http://www.speyer.de/sv_speyer/de/Leben%20in%20Speyer/Frauen/Neue%20Perspektiven%20f%C3%BCr%20die%20Gleichstellung/

Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit

Praxisnah | Wirkungsorientiert | Nachhaltig

Ein Autorinnenteam der Landesarbeitsgemeinschaft hessischer Frauen- und Gleichstellungsbüros hat in Zusammenarbeit mit hessischen ver.di-Kolleginnen eine Arbeitshilfe erstellt. Der Untertitel der Broschüre zeigt das Anliegen: praxisnah, wirkungsorientiert und nachhaltig soll die Gleichberechtigung von Frauen und Männern gelingen. Die Broschüre bietet Informationen zu vielen gleichstellungspolitischen Themenfeldern wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Rolle der Gleichstellungsbeauftragten sowie Frauenförderung und Gleichstellungsplan.

Quelle: Newsletter der Vernetzungsstelle April 2017

mehr:

<https://hessen.verdi.de/gruppen/frauen/++co++7a025b6a-dc08-11e6-9dc2-525400b665de;>

<http://www.frauenbueros->

[hes-](#)

[sen.de/cms/upload/PDF_allgemein/Frauenfoerderung_und_Geschlechtergerechtigkeit_praxisnah.pdf](http://www.frauenbueros-hessen.de/cms/upload/PDF_allgemein/Frauenfoerderung_und_Geschlechtergerechtigkeit_praxisnah.pdf)

Männer gegen Gewalt an Frauen

Buxtehude zeigt sein Gesicht

Für die letzte 16-Tage Kampagne "Frauenrechte sind Menschenrechte" hat sich die Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt Buxtehude mit dem männlichen Blick auf Gewalt gegen Frauen auseinandergesetzt. In einer Broschüre sind Männer aus Buxtehude mit ihrem Statement

zum Thema abgebildet. Dabei beeindruckt die Anzahl und die Selbstverständlichkeit der Botschaften. Darüber hinaus war die Entwicklung der Broschüre gleichzeitig ein Mittel um als Gleichstellungsbeauftragte mit den teilnehmenden Männern ins Gespräch zu kommen. Eine gute Idee, die sicherlich auch in anderen Kommunen umgesetzt werden kann.
Quelle: Newsletter der Vernetzungsstelle April 2017

Informationsbroschüre zur Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung

Im Vorfeld des Internationalen Tags gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6. Februar hat das Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg eine neue Broschüre zur Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung vorgestellt. Die Broschüre richtet sich insbesondere an Frauen und Mädchen, die Opfer des Eingriffs geworden sind oder werden könnten. Sie ist in mehreren Sprachen erhältlich und kann über die Webseite des Ministeriums heruntergeladen oder bestellt werden.

Quelle: Newsletter der Vernetzungsstelle März 2017

mehr:

https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/informationsbroschuere-zur-bekaempfung-von-weiblicher-genitalverstueemmelung/?tx_rsmbwpublications_pi3%5Bministries%5D=11&cHash=cda35b0ab68b53a07cab06244e135bc3

Gleichstellung in Europa und in der Welt

UN-Frauenrechtskommission - Handeln - nicht nur reden

„Unsere Welt braucht mehr Frauen in Führungspositionen und mehr Männer, die sich für Gleichstellung engagieren“ - mit einem Aufruf zum Handeln eröffnete der neue UN-Generalsekretär Antonio Guterres am 13. März die 61. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission in New York.

Quelle und mehr:

https://www.frauenrat.de/no_cache/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/handeln-nicht-nur-reden.html

Erwerbstätigkeit Deutscher Mütter im internationalen Vergleich

Gleichstellung in der Erwerbstätigkeit sowie in der häuslichen Arbeit und Kinderbetreuung – diese beiden Aspekte der Gleichberechtigung der Frau gehen Hand in Hand, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie der OECD belegt.

Laut der aktuellen Studie »Dare to Share« befindet sich Deutschland bei der Erwerbstätigkeit von Müttern trotz allen Bemühungen nur im Mittelfeld der OECD-Staaten. In vielen Haushalten herrscht ein klaffender Gender-Gap zwischen dem erwerbstätigen Mann und der unbezahlt im Haus arbeitenden Frau. Viele Länder im europäischen Raum sind Deutschland hier weit voraus. Daten und Fakten zur Gleichstellung bei bezahlter wie unbezahlter Arbeit finden sich hier: <http://www.dasgleichstellungswissen.de/partner-in-bezahlter-wie-in-unbezahlter-arbeit-.html?wa=GLB17N-09&srnr=SR10975820&uid=4707599&from=ONL-GLEICH>

Quelle: 27.2.2017, Online-Redaktion Verlag Dashöfer, Quelle: Verlag Dashöfer GmbH

Europarat beschließt Resolution und Bericht zu politischen Rechten von Menschen mit Behinderungen

Der Europarat hat am vergangenen Freitag die Resolution Nr. 2155 und den Bericht Nr. 14268 über die politischen Rechte von Menschen mit Behinderungen beschlossen. Die Mitgliedsstaaten werden darin aufgerufen, die in der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegten Menschenrechtsstandards vollständig umzusetzen und zu gewährleisten. Die Resolution enthält konkrete Handlungsempfehlungen für die Mitgliedsstaaten des Europarats, um die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen. Wichtiger Punkt ist unter anderem der Aufruf, das Wahlrecht auch bei einer Betreuung in allen Angelegenheiten zu gewährleisten und Menschen mit Behinderungen durch ein System der unterstützenden Entscheidungsfindung politische Partizipation zu ermöglichen. Die Mitgliedstaaten sollen auch barrierefreie Wah-

len ermöglichen, sowohl was die physische Zugänglichkeit angeht als auch die Zugänglichkeit von Informationen. Hierzu dient etwa die stärkere Verwendung Leichter Sprache.

Quelle und mehr:

http://www.behindertenbeauftragte.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/PM6_Europapart_politischePartizipation.html;jsessionid=CEDC77BB6EFD8E97DEF32810AEFB9C8B.2_cid345

Geplante Ausschreibungen EU-Programms "Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft"

Die Europäische Kommission fördert im Rahmen des Programms "Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft (Rights, Equality and Citizenship Programme (REC)" über Ausschreibungen Organisationen, die sich für den Kampf gegen Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen engagieren.

Informationen zum Programm und zu den Aufrufen zum Abgeben einer Interessenbekundung sind (nach Veröffentlichung) hier zu finden:

<http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/rec/index.html#c.calls=hasForthcomingTopics/t/true/1/1/0/default-group&hasOpenTopics/t/true/1/1/0/default-group&allClosedTopics/t/true/0/1/0/default-group&+PublicationDateLong/asc>

Quelle: BAG Info Mail vom 06.04.2017

Hätten Sie's gewusst?

Den Begriff Lobby im Sinne von „Interessenvertretung“ haben wir im 19. Jahrhundert aus dem Englischen übernommen. Ursprünglich stammt das Wort von „lobia“ ab, der lateinischen „Laube, Galerie“ - auch bei uns wird der Begriff Lobby gelegentlich noch für einen Vorraum verwendet. Im englischen Sprachraum hat das Wort jedoch eine Bedeutungserweiterung erfahren: In den Wandelhallen der Parlamentsgebäude hielten sich Personen auf, die die Parlamentarier zu beeinflussen versuchten. Die Hallen hießen „lobbies“, und diesen Namen bekamen auch die darin herumscharwenzelnden Interessengruppen.

Quelle: Kalenderblatt 24. Woche Juni 2016

... und zum Schluss!

Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.

August Bebel (1840 - 1913), deutscher sozialdemokratischer Politiker, Mitbegründer und Vorsitzender der SPD

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Sachsens
c/o Landeshauptstadt Dresden – Gleichstellungsbeauftragte für Mann und Frau
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Tel: 0371/488 2813
E-Mail: info@gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de
www.gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de

Impressum:

Herausgeberin:
Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Sachsens
c/o Landeshauptstadt Dresden – Gleichstellungsbeauftragte für Mann und Frau
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Tel.: 0371/488 2813
E-Mail: info@gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de
www.gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de

Verantw. Redakteurin i. S. d. P.
Carola Koch

Gleichstellungsbeauftragte
Landkreis Nordsachsen
Richard-Wagner-Straße 7a
04509 Delitzsch
Tel.: 034202/988 1070

E-Mail: carola.koch@lra-nordsachsen.de

Wir freuen uns über Anregungen und Kommentare: info@gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de

Alle Angaben, speziell URL-Adressen, sind ohne Gewähr. Bei längeren Internetadressen kann es vorkommen, dass der Link automatisch in die nächste Zeile umbricht und die Verlinkung dadurch nicht funktioniert. Bitte kopieren Sie in diesem Fall die Internetadresse manuell in die Adressleiste Ihres Browsers.